

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/ Hannover, 14. Februar 47
Telefon 20 951

p/II/14

Feinartikeln: 22. Februar

August-Bebel
von Max Peters

In den Kasematten zu Deutz-Köln, unter dem Signal des Zapfenstreiches, kam in der heuten Abendstunde des 22. Februar 1848 August Bebel als Kind eines Unteroffiziers zur Welt. Ließ er als kleiner Knabe, mit einem hölzernen Säbel in der Hand, der exerzierenden Truppe nach, alle ihre Bewegungen getreulich nachahmend, und mochte ihm auch eine militärische Ordnung und Disziplin anrathen worden sein, als Mann war er der ärgste Feind des Militarismus des damaligen Deutschlands. Die Welt horchte jedesmal auf, wenn Bebel im Reichstag zum Militärstat sprach, die Soldatenmisshandlungen geißelte, dass dem Kriegsminister die Schamrote ins Gesicht stieg, und schliesslich ihm unter grosser Bewegung des ganzen Hauses "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" als Quittung vor die Füsse warf.

Vier Jahre alt, verlor Bebel seinen Vater und nach weiteren zwei Jahren seinen Stiefvater, der der Zwillingstruder seines Vaters war. Sein Traum, Bergfach zu studieren, zerstob unter den Sorgen seiner Mutter um tagliche Brot. Und so ging er, 14 Jahre alt, ohne innere Neigung, zu einem Drechslermeister in die Lehre. Am 1. Februar 1858 begann er seine Wanderjahre, die nur ihn politische Lehrjahre werden sollten. Ein nicht zu stillender Bildungs- und Wissensdrang trieb ihn von einer Stadt in die andere. In Leipzig, wo er am 7. Mai 1860 einzog, entschied sich sein Schicksal. Leipzig galt damals als Heim der radikalen Demokraten, und auch Bebel stand auf demokratischem Boden. Mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Lassalles wollte er zunächst nichts zu tun haben. Seine Ablehnung des Klassenkampfes um die politische Macht entsprach durchaus der damaligen Stimmung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft. Aber Bebel hatte es für unaufrichtig gehalten, sich über die Absichten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, den er scharf bekämpfte, nicht zu informieren. Er las eifrig alle Schriften Lassalles, und die Unvorsichtigkeit, mit der er an jedes Stadium heranging, brachte ihn bald zu der Einsicht, dass Lassalle Recht habe. So wurde Bebel Sozialdemokrat.

Aber schon leitete der Donner der Kanonen den Krieg 1866 eine neue Epoche ein. Bebel nahm gegen die Vergewaltigungspolitik Bismarcks energisch Stellung. Der ständige Ausschuss der Arbeiterbildungsvereine beschloss am 10. Juni 1866 einstimmig, sich der mittlerweile gegründeten Volkspartei anzuschliessen, die eine antipreuussische Tendenz verfolgte. Als Vertreter dieser sächsischen Volkspartei zog Bebel 1867 in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes und im August des Jahres 1871 in den ersten Reichstag ein. Der Kongress der Arbeiterbil-

bildungsvereine in Gera 1867 wählte Bebel zum Präsidenten des Bundes der Arbeitervereine.

Der Vereinstag in Nürnberg 1868 brachte die entscheidende politische Klärung. Bebel war 1866 für seine Person Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation geworden, der Karl Marx und Friedrich Engels das Gepräge des wissenschaftlichen Sozialismus gaben. Das von Bebel vorgelegte Programm der internationalen Arbeiterverbindung: "Die Emanzipation der arbeitenden Klasse muss durch die arbeitende Klasse selbst erobert werden" fand die Zustimmung von 61 Vereinsvertretern, während 32 dagegen stimmten. Ein Verdienst Bebels war es auch, wann unter heftigen Kämpfen mit den Lassalleanern in Eisenach die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" gegründet werden konnte.

Seine Haltung im deutsch-französischen Krieg 1870/71 trug ihm neben Wilhelm Liebknecht die Achtung als Landesverräter ein, weil sie in der Abstimmung über die Kriegsanleihe von 120 Millionen Talern sich der Stimme enthielten. Unerschrocken bekannten sie sich zu "prinzipiellen Gegnern jedes dynastischen Krieges". Ganz Deutschland hallte auf ob dieser wahrhaft mutigen Tat der "Hochverräter". Nach weiteren wüsten Szenen im Reichstag, wobei Bebel ganz offen bedroht wurde, erfolgte am 17. Dezember seine Verhaftung mit der Wilhelm Liebknechts und Hepners, des Redakteurs des "Volksstaats". Der Untersuchungsrichter setzte sie indessen am 28. März 1871 auf freien Fuß, nachdem Bebel am 3. März in seinem Kreis Glauchau-Meerane mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt worden war.

Jetzt hatte Bebel im Reichstag einen noch schwereren Stand als vorher. Der Milliardensegen der Kriegsentuschädigung machte die Vertreter des Bürgertums unverschämt und wollüstig. Bebel versäumte aber keine Gelegenheit, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, und als die Pariser Kommune beschimpft ward, sprang Bebel für sie in die Bresche und endete seine Verteidigungsrede für das Pariser Proletariat mit dessen Schlachtruf: "Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müssiggang". Der Hochverratsprozess gegen Bebel, Liebknecht und Hepner im Sommer 1871 endete zwar mit einer Verurteilung Bebels und Liebknechts zu je zwei Jahren Festungshaft, war aber eine vollendete Blamage der Behörden und hatte eine ungeheure agitatorische Wirkung.

Im Hintergrund lag Bismarck schon lange auf der Lauer, um der fortschreitenden Arbeiterbewegung des Todesstoss zu versetzen. Das Zuckerbrot der Reformen der Sozialpolitik, mit der er die Arbeiter von der Bewegung abzulenken versuchte, schlug Bebel Bismarck geschickt aus der Hand. Die von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe wusste er durch bessere zu ersetzen, die natürlich keine Gegenliebe bei der Mehrheit des Reichstages fanden. Die Attentate des Jahres 1878 gegen Kaiser Wilhelm I., die absolut nichts mit der Sozialdemokratie zu tun hatten, wurden auf ihr Konto geschrieben. Jetzt spross die Saat Bismarcks mächtig ins Arsut. Jeder, der im leisesten Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung stand, war vogelfrei. Majestätsbeleidigungsprozesse warfen in einem Monat über 500 Jahre Gefängnis ab. Bismarck aber wollte ganz sicher gehen; er löste den Reichstag auf. Der neue Reichstag bewilligte ihm am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen das Ausnahmengesetz gegen die "gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Damit begannen die zwölf Sturmjahre der Sozialdemokratie, die über viele ihrer Funktionäre Not und Tod brachten.

Ein Jahr nach Erlass des Sozialistengesetzes brachte Bebel sein Buch "Die Frau und der Sozialismus" heraus, das zwar verboten wurde, aber trotzdem Verbreitung fand und eine grosse Werbekraft ausübte. Wenn das grosse Heer der Funktionäre alle Kästen der Verfolgungen und Ausweisungen bereitwillig auf sich nahm und trotz aller Drangsalierungen nicht nachliess in einer unerhörten stillen Agitation mit immer neuen Schlichen, so war diese Titanenarbeit der Kraftstärkung zu verdanken, die es von Bebel erhielt, der, selbst verfolgt und gehetzt, ein leuchtendes Beispiel an Mut und Entschlossenheit gab.

Als Wilhelm II. die Regierung antrat, wollte er die Zügel der Regierung selbst in die Hand nehmen. Bismarck geriet in Verzweiflung. Es nutzte ihm alles nichts, der Reichstag lehnte im Oktober 1890 die Verlängerung des Ausnahmezustandes ab und setzte die Neuwahlen des Reichstages auf den 20. Februar 1891 fest. Trotzdem sie also noch unter dem Schandgesetze stattfand, brachte die Sozialdemokratie über vier Millionen Stimmen auf. Bismarck sann auf Staatsstreich und Wahlrechtsraub, was unweigerlich zu Blutvergiessen geführt hätte. Wilhelm II. war dieser Weg zu gefährlich. Er setzte im März 1890 Bismarck kurzerhand den Stuhl vor die Tür. Damit war auch das Ausnahmegesetz gefallen. Als Bebel 1890 in den Parteivorstand gewählt worden war, siedelte er nach Berlin über.

Jetzt begann ein machtvoller Aufstieg der Partei. Nun traten aber auch Meinungsverschiedenheiten stärker hervor, die auf den jährlichen Parteitagen in aller Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Mehr als einmal kündigte die gegnerische Presse den Zerfall der Partei an. Bebel war es immer wieder, der die streifenden Geister zu einigen wusste. Er genoss eine aus tiefer Liebe und Achtung erwachsene Autorität, die frei war von diktatorischen Gelüsten. Wenn er auch oft genug scharf vom Leder zog, er fand immer wieder das erlösende Wort der Versöhnung.

Seine Aufgeschlossenheit liess ihm keine neue Erscheinung entgehen. Er erkannte die Bedeutung der Gewerkschaften, zu denen ein gutes Verhältnis durch Ebert angebahnt wurde. Der Frauenbewegung und der Jugendbewegung war er von Anfang an zugewandt. Als bei Beratung des Vereinsgesetzes im Jahre 1908 der 20jährige Führer der Jugendorganisation Bebel aus dem Sitzungssaal des Reichstages in die Wandelhalle trat, stand er in kaum fünf Minuten vor dem jungen Mann, ihm seinen Rat erteilend. Für jeden, der seinen Rat erbat, war er da. Überall, wo Bebel als Redner auftrat, nahmen die Arbeiter oft stundenlange Fusswege in Kauf, um in der Versammlung noch einen Stehplatz zu erwischen. Fast jeder seiner Sätze war vom Beifall der Massen unterstrichen. Seine gedruckten Reichstagsreden wurden in den Werkstätten und Fabriken laut vorgelesen und tagelang gesprochen. Bei allem blieb Bebel der schlichte Mann, der jedes Wohlleben verschmähte, bis an sein Ende. Seine Häuslichkeit war ein Muster von Bescheidenheit, aber auch von anheimelnder Traulichkeit.

Bebel war es noch vergönnt, den grössten Triumph seiner Partei zu erleben. Die Reichstagswahl 1912 brachte der Sozialdemokratie vierundvierzig Millionen Stimmen mit 13 Abgeordneten. Als Führer der stärksten Partei zog Bebel in den Reichstag ein. Zu seinem Leidwesen musste sich der Zweiundsiebzigjährige auf Geheiss der Ärzte Schonung auferlegen. Als aber im Herbst 1912 der Balkenbrand schwarze Wolken am europäischen Horizont aufsteigen liess, da raffte der greise Bebel noch einmal sich auf, um nach Basel zur Kundgebung der Internationale zu fahren. Von allen Rednern wurde er hier mit dem stärksten Jubel empfangen. Unter dem stürmischen Beifall des Kongresses trat er für die deutsch-französische Verständigung ein.

Das war Bebels letzte Rede. In der Nacht zum 13. August des nächsten Jahres ist er sanft und selbst von seiner um ihn sorgenden Tochter unbemerkt in die Ewigkeit hinüber geschlummert. Ein Schrei des Schmerzes ging durch die ganze Welt. Auch die Gegner standen voller Ehrfurcht vor der Grösse und der Reinheit dieses Lebens. August Bebel war der fähigste, erfolgreichste und beliebteste Führer der Arbeiterschaft, den die Bewegung je hervorgebracht hat.

Besatzung und "Einmischung"Zur Berliner Gewerkschaftssituation

K. W. Berlin, 10. Febr.

Am 4. Februar lief die Amtszeit der bisherigen Leitung des FDGB in Berlin ab. An diesem Tage aber war nicht die Frage der Neuwahl entschieden - der ganze Komplex der ostdeutschen Gewerkschaftspolitik war vielmehr zu einer Kontroverse geworden, die in aller Öffentlichkeit über die Deutschen hinweg auch zwischen den Alliierten ausgetragen wurde.

Den Anfang dieser in der Besatzungspolitik ungewöhnlichen Aktion machte der sowjetische Stadtkommandant Kotikow, der allen russisch lizenzierten Zeitungen (also auch den LDP- und CDU-Organen) eine lange Erklärung übergab, in der die Vertreter der drei anderen Mächte, voran der amerikanische, der "Einmischung" in inwendemokratische Entwicklungen Deutschlands beschuldigt wurden. Der Anlass dieser Behauptung war die Meinungsverschiedenheit der Alliierten über die Wahlordnung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das Verlangen nach einer Änderung der Wahlordnung, die den Wählern einen unmittelbaren Einfluss auf die Gewerkschaftsleitung sicherte anstelle der bisherigen, die ein indirektes Wahlsystem darstellte, war nach dem SPD-Sieg vom Oktober sehr dringlich geworden. Dennoch hatte die FDGB-Leitung diesem Wunsche nicht entsprochen, und so kam es, dass am 17. Januar die Alliierte Kommandatur, beeinflusst von den heftigen Debatten der deutschen Öffentlichkeit, dem FDGB die Wahlordnung zurückreichte mit der Aufforderung, sie mit dem Ziele demokratischer und freier Wahlmöglichkeiten zu verändern. Die fast pausenlosen Beratungen, die dann von der Gewerkschaftsleitung zehn Tage lang betrieben wurden - und in denen die mit einer sehr schweren Minderheit vertretenen SPD-Vertreter mit allen immer neuen Vergleichs- und Kompromissvorschlägen in der Minderheit blieben - endeten mit einer nur sehr unwesentlich veränderten Fassung, die dem Gedanken der freien demokratischen Wahl in keiner Weise gerecht und von den drei westlichen Mächten nicht anerkannt wurde.

Die Situation war äusserst prekär geworden; der Termin für die Amtszeit der Gewerkschaftsleitung war abgelaufen, aber die Alliierten gaben ihnen kein Mittel in die Hand, die Wahlen durchzuführen. In dieser Lage kam der alten, eindeutig kommunistisch geführten FDGB-Leitung (die über die alte Wahlordnung das verlorene politische Terrain wider den Volkswillen sich erhalten will) der russische Kommandant zu Hilfe. Seine Erklärung ging durch alle russisch lizenzierten Zeitungen Berlins und alle Zeitungen der gesamten Ostzone. Der beabsichtigte Eindruck dieser Erklärung war, dass der Einspruch der westlichen Mächte die Gewerkschaften daran hindere, ihre Arbeit zu tun, dass er darüber hinaus in die alte deutsche Gewerkschaftstradition eigene westeuropäische oder gar amerikanische Methoden einführen will.

Diesem Appell des russischen Kommandanten folgt die Flucht des amerikanischen Vertreters, Oberst Howley, in die ihm zur Verfügung stehende Öffentlichkeit. Mit dem Bedauern über den ungewöhnlichen russischen Schritt verband er eine nicht minder umfangreiche Aufklärung darüber, dass der Einspruch der Westmächte nur der Pflicht der Kommandatur entspreche, über das Recht der Deutschen auf freie, den demokratischen Grundsätzen entsprechende Wahlen zu wachen.

Hinter dieser öffentlichen Kontroverse der Alliierten steht freilich mehr als ein minimaler Meinungsstreit um ein paar Wahlparagrafen. Der hartnäckige Widerstand insbesondere der amerikanischen Vertreter gegen das Weiterbestehen der alten Wahlordnung des FDGB ist gewiss kein

störrischer Egoismus, sondern er ist aus der Erkenntnis erwachsen, dass, gemessen an dem eindeutigen Berliner Wahlergebnis vom vorigen Oktober, die heutige Gewerkschaftsleitung nicht mehr dem Willen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Der Umstand aber, dass diese Wahlordnung die bisherige Ordnung befestigen muss, weil sie nicht die Stimme des Gewerkschaftlers, sondern die Stimme des bisherigen Funktionärs zur Grundlage hat, zwingt zu einer Wahlordnung mit wirklich demokratischer Sicherung. Und der Kampf um diese Wahlordnung ist für diejenigen, die der autoritären Lenkung der bisherigen Gewerkschaftsleitung widerstreben, so schwer, weil er, nach den herrschenden politischen Stimmungen, eben schon der Kampf um die Demokratie selber ist. Die kommunistische Führung sucht diese Machtposition, die ihr nach der nachgewiesenen politischen Meinung der überwiegenden Mehrheit in keiner Weise mehr zukommt, durch die Beibehaltung der alten undemokratischen Wahlordnung zu erhalten. Kein Wunder, dass jetzt die "Gruppe unabhängiger Gewerkschafter" aus dieser Lage heraus bereits die kategorische Forderung nach Urwahlen gestellt hat.

Die bisherige Gewerkschaftsleitung operiert mit der Behauptung, dass die Obstruktion gegen die Wahlordnung eine Obstruktion gegen die "Gewerkschaftseinheit" sei. Unter "Einheit" versteht sie kommunistische Führung und kommunistische Diktatur, die umso durchsichtiger wird, wenn sie sich einiger CDU-Renommierfunktionäre als Aushängeschilder bedient. Und was den Vorwurf der "Eingischung" von Alliierten in deutsche Angelegenheit angeht, so ist wohl zu sagen, dass ohne diese Art von "Eingischung" noch heute die Welt nicht erfahren hätte, dass die Hälfte der Berliner Bevölkerung der erst durch solche "Eingischung" wieder erlebten SPD ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Die Alliierten sind nicht zum wenigsten in Deutschland, um alle Reste diktatorischer Gesinnung zu beseitigen. Es zeugt für ihre echte demokratische Hilfe, wenn sie jeder neuen Regung von Diktatur verantwortungsvoll sich widersetzen. Und es wäre von Nutzen, wenn diese innere Problematik der Berliner Gewerkschaftswahlen in ganz Deutschland und auch in der Ostzone bekannt würde.

(b/B7/142/1/he)

Das russische Einheitsmotiv

Die Befürworter der föderalistischen und der unitaristischen deutschen Lösung unter den Siegermächten stehen sich, gut drei Wochen vor Beginn der Moskauer Konferenz, recht deutlich und, wie es scheint, in schwer überbrückbarer Position gegenüber. Das nachdrückliche Eintreten Russlands und in seinem Gefolge Polens, sowie der Tschechoslowakei für einen deutschen Einheitsstaat mit seiner entsprechenden innerdeutschen Resonanz vor allem in der Ostzone wird propagandistisch nach Kräften ausgenutzt und im Gegensatz zu den föderalistischen Tendenzen der Westmächte gestellt. Diese Propaganda arbeitet vor allem mit pseudopatriotischen Argumenten. Auf ihre wirklichen Motive wies dieser Tage als erste französische Zeitung der sozialistische "Populaire" in einem Kommentar zu den französischen Plänen betreffend die Neugestaltung Deutschlands hin. Charles Dumas schrieb darin: "Russland fürchtet, dass dieser Föderalismus die deutschen Westprovinzen dazu führt, sich nach Westeuropa zu orientieren. Russland wünscht aber ein zentralisiertes Deutschland, auf welches es viel leichteren Einfluss zu haben hofft. Auf der vorbereitenden Konferenz in London hat sich sein Vertreter in dieser Richtung ausgesprochen. Die von der Diplomatie des Krenl abhängigen Staaten haben ebenso gehandelt. Es war keine kleine Überraschung, zu sehen, dass Polen die politische Wiederherstellung des Reiches verlangt. Wir können hinzufügen, dass die Vereinigten Staaten ebenfalls ein föderalistisches Deutschland wollen, aber nach dem Modell ihrer amerikanischen Verfassung." (b/B44/132/1/he)

Kriegsgefangene als Handelsobjekt

In Frankfurt sollen in allernächster Zeit Beratungen zwischen einer von André Bouquet geführten französischen Delegation und der amerikanischen Militärregierung über einen Austausch der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich durch die in der amerikanischen Zone lebenden "verschleppten Personen" beginnen. Schon vor einiger Zeit hätte die französische Regierung, die von der JOK-Regierung aufgefordert wurde, die deutschen Kriegsgefangenen bis zum 1. Oktober 1947 freizulassen, den Versuch unternommen, die durch die Heimsendung der Kriegsgefangenen entstandenen Lücken in der Zahl der Arbeitskräfte durch "verschleppte Personen" zu schliessen. Doch waren diese Versuche am Widerstand der Kommunisten gescheitert, denen die antisowjetische Einstellung der in Deutschland lebenden Balten, Polen und Jugoslawen nur zu gut bekannt ist. Inzwischen haben sich die französischen Kommunisten jedoch unter dem Druck der Verhältnisse zu einer Meinungsänderung veranlasst gesehen. Für die Verpflichtung nach Frankreich kommen in der USA-Zone 50.000 Polen, 80.000 Balten und 10.000 Jugoslawen in Frage. Belgien hat bereits 20.000 verschleppte Personen mit deren Familienangehörigen gegen 20.000 deutsche Kriegsgefangene ausgetauscht. (a/B10/132/1/ha)

Der Henker Rauter

Vor neuen Kriegsverbrecherprozessen in Holland

v. S. Amsterdam, Anfang Februar

In Holland steht eine Reihe aufsehenerregender Kriegsverbrecherprozesse bevor. Es werden sich einige seinerzeit vielgenannte deutsche Persönlichkeiten vor einem besonderen Gerichtshof zu verantworten haben. Neben dem General der Flieger, Friedrich Christiansen, dem ehemaligen Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, und dem Fallschirmjägergeneral Kurt Student, der das Bombardement von Rotterdam geleitet hat, handelt es sich vor allem um den Polizeigeneral Hans Rauter, den seinerzeit gefürchtetsten und verhasstesten Mann in Holland, der von Himmler mit der "Lösung der Judenfrage" in den ehemals besetzten niederländischen Gebieten beauftragt war und zugleich mit Seyss-Inquart die Verantwortung dafür trägt, dass von den rund 120.000 Juden in Holland nur ein verschwindend geringer Teil (etwa 15%) am Leben geblieben ist.

Rauter galt als der rücksichtslose und gefühllose Henker, der mit Hilfe von SD, SS, Grüner Polizei und Gestapo und deren bekannten mittelalterlichen Methoden den Widerstand der holländischen Bevölkerung gegen Willkür und Terror zu brechen bemüht war und die Judenverfolgung mit einer Gründlichkeit und Grausamkeit durchführte, die sogar die in den Konzentrationslagern üblichen Bestialitäten vielfach in den Schatten stellte. Rauter ist ebenso wie Christiansen auch wegen der in dem holländischen Dorf Putten begangenen Schreckensstaten angeklagt, wo ein angeblich auf deutsches Militär erfolgter Angriff zu der Erschliessung der gesamten männlichen Bevölkerung von Putten und zu der Zinäscherung des Dorfes führte. Im Winter 1944/45 wurde von kriegsfaulen Mitgliedern der holländischen Widerstandsbewegung ein Attentat auf Rauter verübt, wobei er schwere Verletzungen erhielt, von denen er sich bis zum heutigen Tage noch nicht erholt hat. Die Folge des Attentatsversuchs war die Erschliessung von rund 1.000 holländischen Geiseln. Dem offiziellen holländischen Vertreter beim Internationalen Gerichtshof in Nürnberg, Oberst A.M. van Tuijl van Serooskerken, ist von alliierter Seite umfangreiches Material zur Verfügung gestellt worden, das von grösster Bedeutung für die bevorstehenden Prozesse ist und in dem ein Briefwechsel zwischen Himmler und Rauter über die Frage der Judenverfolgungen in Holland eine Hauptrolle spielt. (b/A16/142/1/ha)

Bevölkerungszunahme in Holland

v.S. Amsterdam, Anfang Februar

Infolge der hohen Geburtenzahl und der geringen Sterblichkeit in den letzten Jahren hat die Zahl der Bevölkerung in Holland schnell zugenommen. Im Laufe des November 1946 ist die Einwohnerzahl auf über 3,5 Mill. gestiegen, was eine Zunahme der Bevölkerung im Jahre 1946 um rund 200.000 bedeutet. Im Vergleich zum 1.1.1946 hat die Bevölkerung um rd. 700.000 zugenommen. Holland steht damit im deutlichen Gegensatz zu Belgien, wo die Bevölkerungszahl in der gleichen Zeit praktisch unverändert geblieben ist. (b/A16/142/1/he)

Die "Direktion Arbeit" in SüdbadenSoziale Pläne und ihre Schwierigkeiten

Wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, so ist das Land Südbaden auch in sozialer Hinsicht nach allen Richtungen hin stark gehemmt und behindert. Es besteht z.B. der merkwürdige Zustand, dass, obwohl das Land nach allen Richtungen hin so gut wie hermetisch abgeschlossen ist, doch eine Reihe Zentralverwaltungsstellen und Instanzen in der amerikanischen Zone ihren Sitz haben. Durch diese Zersplitterung ist besonders die Arbeit auf sozialem Gebiete stark behindert. Wozu noch kommt, dass bei der kürzlichen Umgestaltung der südbadischen Regierung das Arbeitsministerium aufgehoben und dem Wirtschaftsministerium als "Direktion Arbeit" unterstellt wurde.

Als erste Arbeit sucht die "Direktion Arbeit" nicht nur, wie sie bekanntlich, in der Zentrale, sondern auch für alle Arbeitsämter im Lande geeignete Persönlichkeiten zu gewinnen, denen ihre Aufgabe mehr als nur Beamtenpflicht ist. Auch ist die Gründung eines Instituts für Sozialwissenschaft geplant. Die Krankenversicherung wird als "krisenfest" bezeichnet. In der Unfallversicherung gibt es in Südbaden selbst nur noch drei Versicherungsträger, die übrigen Genossenschaften und Verbände haben ihren Sitz in der amerikanischen Zone. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts hat Südbaden als erstes deutsches Land bereits am 10. Juli einen Schlichtungsausschuss erhalten. Am 1. März 1947 können die Arbeitsgerichte bei allen Ämtern ihre Tätigkeit aufnehmen. Vor dem Schlichtungsausschuss haben alle Parteien auf alle Fälle zu erscheinen. Im weiteren werden zwei Landesarbeitsgerichte, in Freiburg und Konstanz, eingerichtet. (b/B6/122/1/he)

Der Stand der südbadischen Wirtschaft

Die Beschäftigtenzahl beträgt in Südbaden zur Zeit 265.000 Personen, die Zahl der offenen Stellen beläuft sich auf 18.000. Die Kurzarbeiterunterstützung soll dem Landesstock entnommen werden, der über etwa zwölf Millionen Mark verfügt.

Nach einem Tiefpunkt im Oktober mit 14 Millionen Mark sind die Umsätze im Binnen- und Interzonenverkehr im November auf 17 und im Dezember auf 20 Millionen Mark gestiegen. Die Hemmnisse für den Interzonenverkehr sind noch ausserordentlich gross und sind auch durch das Münchener Abkommen nicht beseitigt worden. Sie sind in Südbaden hinsichtlich der Beschaffung von Kohlen, Metallen und Schmierölen aus der amerikanischen und englischen Zone fast unüberwindlich, da diese Güter mit Dollar bezahlt werden müssen, die nur durch Export beschafft werden können. Damit ist aber erst dieser Tage ein kleiner bescheidener Anfang gemacht worden. (b/B6/122/1/he)

Verantwortlich: Fritz Säger, Hannover